

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift
Tageblatt Rieser,
Fremd Nr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptamts Meissen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:
Dresden 1530.
Verleger:
Rieser Nr. 52.

Nr. 182.

Mittwoch, 7. August 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Wähe und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Sommer- und Herbstzeit sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 1 mm hohe Grundchriftzeile (6 Stellen) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Zeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilliger Recht nicht, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage "Der Adler". - Im Falle höherer Gewalt - Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten - hat der Bezugsnehmer Anspruch auf Verzögerung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: L. O. J. Reichgraber, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Rieser.

Die Umstellung in China.

Noch sind die Verhältnisse in China durchaus nicht geklärt. Die sogenannten ungleichen Verträge sind von China einseitig gekündigt und auf Grund neuer Verhandlungen revidiert worden. Eine vollständige Souveränität Chinas ist aber immerhin noch nicht erreicht. Es kam der neuen chinesischen Regierung zugute, daß Deutschland und Amerika im Jahre 1928 neue Zollverträge mit ihr abschlossen, durch welche die Zollautonomie Chinas grundsätzlich anerkannt wurde. In dieser Beziehung mußten also die anderen Staaten folgen. Das geschah noch im gleichen Jahr. Am längsten belann sich Italien, konnte aber schließlich nicht allein die chinesische Zollautonomie in Frage stellen. Seit dem 1. Februar d. J. ist der neue chinesische Zolltarif in Kraft. Er bedeutet eine große Erleichterung der chinesischen Finanzlage. Den Engländern wurde die Gleichstellung der britischen mit den chinesischen Binnenzöllen bezüglich der Ein- und Ausfuhrzölle und das Weißbierprivilegium zugestanden. Die Belgier erhielten das Recht, in allen Teilen Chinas zu leben, Handel zu treiben und Grundeigentum zu erwerben. Merkwürdigerweise hat also China auch in seiner neuen Zollpolitik noch auf sich nehmen müssen. Das ist aber natürlich kein Vergleich mehr mit der ausländischen Bevormundung, unter der seine Väter standen. Ähnlich steht es mit der Konsulargerichtsbarkeit. Sie ist in den revidierten Verträgen grundsätzlich aufgehoben, wenn auch die Beilegung im einzelnen noch von sehr vielen Vorbehalten abhängig gemacht wurde. Deutschland hat schon 1921 auf die Konsulargerichtsbarkeit verzichtet, also schon drei Jahre früher als selbst das völkerverfeindete Sowjetrußland. Vor Deutschland hatte bereits Chile, Bolivien und Perien verzichtet. Mit anderen Staaten bestanden zehnjährige Verträge wegen der Konsulargerichtsbarkeit, die die neue chinesische Regierung nach Ablauf einfach nicht erneuerte. Sie galten damit als erloschen. Am empfindlichsten sind die Chinesen seit jeher gegenüber den geschlossenen Fremdenniederlassungen, den sogenannten Konzessionen gewesen. Auf diese zu verzichten, fällt dem Auslande beizuliegen am schwersten. Während des chinesischen Bürgerkrieges hat man immer wieder von Kämpfen um die Konzessionen gesehrt. Die geschlossene Siedlung der Fremden erleichterte ihren Schutz. Mit ein paar Kriegsschiffen und einer kleinen militärischen Mannschaft ließen sich die Konzessionen jederzeit gegen die chinesische Bevölkerung absperrt. Gerade deshalb mußten andererseits diese geschlossenen Fremdenniederlassungen als Fremdenländer empfunden werden. In ihren Mauern hört die Souveränität des chinesischen Staates eigentlich auf. Sie wirken ähnlich wie eine dauernde militärische Besetzung. Nun scheint es, als ob wenigstens eine grundsätzliche Lösung auch in dieser Frage erzielt worden sei. Die belgische Regierung hat den Chinesen ihre Konzessionen in Tientsin zurückgegeben. Der Vorgang hat ähnliche diplomatische und bahnbrechende Bedeutung wie Deutschlands Verzicht auf die Konsulargerichtsbarkeit oder Amerikas neuer Zollvertrag mit China. Schon sind nach Belgien's Vorleben auch von Frankreich Verhandlungen angedeutet worden. Hier handelt es sich um französische Niederlassungen in Jünan. Die Verhandlungen über die Jünan Eisenbahn könnten zu einem Präzedenzfall für die Lösung der mandchurischen Bahnfrage werden. Auch die Verhandlungen über einen neuen Handelsvertrag mit Japan führen wahrscheinlich Veränderungen bezüglich der japanischen Konzessionen herbei. Als China vor zwei Jahren den Handelsvertrag einseitig kündigte, glaubte Japan noch mit scharfem Protest dagegen vorgehen zu können. Inzwischen hat es sich auch in die Lage gefügt, und sucht auf friedlichem Wege seine Beziehungen zu dem großen östasiatischen Nachbarreich zu regeln.

Der Gesamtüberblick über die Lage zeigt, daß China noch in mancherlei Bindungen steht, daß aber die Lösung dieser Bindungen rasche Fortschritte macht. Nachdem einmal grundsätzlich die neue chinesische Regierung und damit Chinas Souveränität anerkannt wurde, läßt sich auf die Dauer keine exzessive Kontrolle mehr aufrechterhalten. Chinas Zusammenstoß mit Rußland ist wohl in diesem Zusammenhang der schwerste und ernsteste Zusammenstoß des neuen China mit dem Ausland. Bezeichnend, daß es gerade die Sowjetregierung ist, die am längsten und ädelsten an der alten Bevormundungspolitik gegenüber China festhalten sucht. Sie wird sich schließlich nicht durchsetzen und sie wird sich erst recht selbst nicht viel nützen. Diejenigen Staaten, die sich rascher und bereitwilliger auf die neue chinesische Situation eingestellt haben, werden wirtschaftlich einen Vorteil vor dem anderen haben. Und das sind nun einmal die Reichen der Welt: mit militärischer und sonstiger Gewaltmacht geht es dem neuen China gegenüber nicht mehr. An Stelle der Kanonen und der Bajonetten müssen jetzt die Handelsverträge und die Dollars treten. China beginnt ökonomisch die Entwicklung, in die Japan dank seiner günstigeren Lage schon vor einem Menschenalter eintrat. Die Chinesen haben aufgehört, ein primitives anspruchsloses Volk zu sein, das, aus der Hand in den Mund lebend, dem Acker im Kleinbetrieb die bescheidene Nahrung abgewann, mit den großen Naturgewalten des Landes, mit Dürre oder Ueberschwemmung oft schwer dabei kämpfend. Es wurden auch in China Säben angelegt und Eisenbahnen gebaut; das Auto erleichtert das Eindringen fremder Waren und Menschen ins Innere. Kohlen und andere Bodenschätze wurden ent-

Die gestrige Nachmittagsitzung im Haag.

Unerwarteter Vorkauf Snowdens.

Haag, 6. August. Den Vorkauf der Nachmittags-Sitzung führte der belgische Ministerpräsident Jaspar, der sich über den Haagerplan und die Genfer Resolution vom September 1928, sowie über die Grundlagen der bevorstehenden Verhandlungen äußerte und das Arbeitsprogramm aufstellte. Die Tagesordnung umfaßte vier Punkte: Die Wahl des Präsidenten der Plenarversammlungen, die Wahl eines Generalsekretärs, eine Vereinbarung über Veröffentlichungen der Verhandlungen und die Frage der Organisation der Konferenzarbeit. Es wurde beschlossen, daß das Präsidium zunächst von den einladenden Mächten in alphabetischer Reihenfolge gestellt werden soll und daß Maurice Hankey aus Generalsekretär bestellt wird, und daß Kommunikationen ausgegeben werden, die der Generalsekretär unter Anleitung des Präsidenten abfaßt.

Vor Erörterung des vierten Punktes, der die Einlegung der vorgesehene zwei Kommissionen gebracht hätte, beantragte Snowden den Eintritt in eine

Generaldiskussion des Haager-Planes.

In einleitender Rede sprach er zunächst den Sachverständigen seinen Dank für die von ihnen geleistete schwierige Arbeit aus und bedauerte im Namen der Konferenzteilnehmer den Tod Lord Rostocks. Hinsichtlich des Schemas der Annuitäten erklärte er, die englische Regierung sei sowohl mit der Gesamtheit wie mit den Jahresraten der deutschen Leistungen einverstanden, wobei man mit Recht von der deutschen Leistungsfähigkeit und nicht von dem Bedarf der Gläubigerstaaten ausgegangen sei. Er sei der Meinung, daß der Plan nicht die deutsche Leistungsfähigkeit übersteigere. Der zweite Punkt sei die Abschaffung der Kontrolle und die Wiederherstellung der vollen ökonomischen Souveränität Deutschlands. Dies werde besonders von England begrüßt. Bei diesem Punkt wies Snowden auf die Rede Dr. Stresemanns am Vormittag hin. Sehr wichtig sei noch, daß im Haagerplan noch eine gewisse Unklarheit über die Zahlungen der Deutschen Reichsbahn bestehe, von denen es zweifelhaft sei, ob sie den Charakter einer besonderen Garantie trügen. Bezugsnehmend auf den englischen Standpunkt sei besonders das Versehen des Planes an unmittelbare Zahlungen des deutschen Volkes wie auf Wänder. Auch die Bestimmungen über den beratenden Ausschuss bezeichnete der englische Schatzkanzler als nicht ganz klar.

Rannmehr ging Snowden zu einem Kampf gegen den Verteilungsschlüssel für die deutschen Zahlungen über. Er wies zunächst auf das Vorhandensein eines Ueberschusses von etwa 300 Millionen RM. aus den Reichleistungen Deutschlands nach dem Dawesplan bis 31. August und für die erste Septemberwoche gegenüber dem am 1. April in Kraft zu setzenden Haagerplan hin und empfahl Verwendung dieser Summe für kleinere Bedürfnisse, insbesondere für die im Haagerplan nicht mehr vorgesehenen Bekleidungsstoffe. Die Punkte, in denen Schwierigkeiten vorhanden seien, seien 1. das Verteilungsverhältnis der Gläubigermächte mit Bezug auf die geschätzten und ungeschätzten deutschen Zahlungen, 2. die Forderung des Verteilungsschlüssels von Spa und 3. die Frage der Sachlieferungen. Während er für die letzteren auf die künftigen Ausführungen seines Kollegen Graham, des Handelsministers, verwies, gab er eine allernüchtern Darstellung der Verteilung, wie die 600 Millionen ungeschätzten deutschen Jahreszahlungen vorgenommen werden sollen. Frankreich erhalte davon 500 Millionen und Italien 72 Millionen. Die Zahlungen aus den Dawesannuitäten erforderlichen zunächst 90 Millionen und der kleine verfügbare Rest solle für alle übrigen Mächte verbleiben.

Ebenfalls kritisierte er die Schlüsselung der Gesamtverteilung, die abweichend von dem Spa-Schlüssel für Frankreich 10,7 Millionen, für Italien 6,8 Millionen, für Belgien 12,2 Millionen Mark mehr als früher vorsehe, während England 48 Millionen Mark weniger erhalte. In diesem Zusammenhang bezeichnete er auch Amerika und die kleineren Mächte als benachteiligt. Bisher sei aber der Verteilungsschlüssel von 1920 niemals geändert worden, und die Sachverständigen hätten kein Recht gehabt, ihn zu ändern. Der Art. 27 des Versailler Vertrages lasse auch eine solche Änderung gar nicht zu. England habe an Amerika Beträge bezahlt, die sich einschließlich Zinsen auf 200 Millionen Pfund belaufen, bevor es von seinen Schuldner irgend etwas erhalten habe. Es habe außerdem mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen, wobei es auch mit einer scharfen Konkurrenz Deutschlands auf dem Weltmarkt zu rechnen gehabt habe. England könne mit seinen Opfern nicht weiter gehen, als

hat sich neben dem chinesischen Bauernstande eine chinesische Arbeiterschaft entwickelt. Sie ist im Verhältnis zu der riesigen Bevölkerung noch keine entscheidende Größe. Die Russen haben sich hier wie anderwärts verrechnet, als sie glaubten, mit dieser jungen und noch blühenden chinesischen Arbeiterschaft großzügige bolschewistische Politik machen zu können. So rasch gehen die ökonomischen Entwicklungen eben doch nicht. Wohl aber sind sie einseitigen soweit gerückt, daß die fremden Mächte aufpassen müssen, nicht als möglichen Konkurrenz-

es angesehen sei. Es sei zwar, wie er namens der Regierung der Arbeiterpartei und in Anlehnung an die Bolschaunote betonte, durchaus bereit, auf Reparationszahlungen überhaupt zu verzichten, aber solange solche bezahlt würden, müsse ihre Verteilung gerecht erfolgen. Darüber seien sich alle englischen Parteien einig. Snowden schloß seinen etwa einstündigen Vortrag mit dem Hinweis darauf, daß die kleineren Diskussionspunkte un schwer erledigt werden dürften, daß er aber auch für die drei aufgeführten größeren Punkte hoffe, sie würden für die Konferenz keine unüberwindlichen Schwierigkeiten geben.

Anschließend verlas Jaspar den Entwurf eines Danktelegramms der Konferenz an die Königin der Niederlande. Er beantragte die nächste Sitzung auf Mittwoch vormittag 10 Uhr mit der Tagesordnung: Fortsetzung der Generaldiskussion an, für die sich bereits mehrere Delegierte zum Wort gemeldet haben. Den Vorkauf behält hierfür auf Vorschlag Briands Jaspar weiter bei.

Dr. Schacht im Haag.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht ist gestern mittag im Haag einetroffen und hat bereits an der Besprechung um 4 Uhr teilgenommen.

Empfang der Delegierten

der Haager Konferenz.

Haag. Der Empfang, den die niederländische Regierung gestern abend veranstaltete, nahm einen glänzenden Verlauf. Der Außenminister DeLaet van Blootland und seine Gattin empfingen in dem festlich ausgestatteten und durch seine historische Bedeutung bekannten Mittersaal die sämtlichen an der Konferenz teilnehmenden Delegierten, Mitglieder der holländischen Regierung, Kammer und Behörden und eine Anzahl geladener Pressevertreter aus allen Ländern. Der Saal, der während der früheren Friedenskonferenzen wiederholt benutzt wurde, ist ein klassisches Gebäude aus dem Mittelalter, von dem Teile auf das Jahr 1247 zurückgehen.

Telegramm Poincarés an Briand.

Paris. Poincaré hat gestern an Briand als Führer der französischen Delegation im Haag folgenden Telegramm gerichtet: Empfangen Sie den Ausdruck meines Dankes und sprechen Sie Herrn Snowden und den anderen Delegierten meine Dankbarkeit für ihre Sympathiebeweise aus. Ich erwarte einen vollen Erfolg der Konferenz im Interesse des Friedens und der Wohlfahrt der Welt.

Pariser Blätter zur Haager Rede Dr. Stresemanns.

Paris. Zur Rede Stresemanns in der 1. Sitzung der Haager Konferenz äußern sich einige Blätter. "Ceuvre" schreibt: Von der Intervention Stresemanns muß man sich merken die Erinnerung an die Enttäuschungen und an das lange Warten des deutschen Volkes, das seine volle Souveränität wiederhaben will, die Forderung, daß das politische Problem, also die Abgrenzung der deutschen Ostgebiete mit dem finanziellen Problem vor der Konferenz aufgerollt werde und die Zustimmung des Reichsaussenministers zu dem Plan Briands über die Schaffung eines Verbandes der Staaten Europas.

Volanté sagt, Stresemann habe das Recht gehabt, derartige Worte zu sprechen, denn er habe sich in Deutschland an die Spitze der Bewegung derer gestellt, die den Frieden verwirklichen wollen.

Die Agence Economique et Financiere äußert sich dahin: Die Rede Stresemanns und die Initiative Briands bezeugen das beiderseitige Vorhandensein eines aufbauenden Geistes, der gewiß dazu beitragen wird, die Vorurteile der englischen Delegation zu zerstreuen.

Echo de Paris erklärt: Durch die Ausführungen des Reichsaussenministers Stresemann wird Briand, der von einem Verbands der Staaten Europas sprach, auf seinem eigenen Gebiete noch überboten. Die Friedensverträge haben nicht mehr den Wert und die Bedeutung, die man ihnen zuletzt. Dies ist im großen und ganzen der Sinn der Rede Stresemanns, die in die Haager Versammlung eingeschmuggelt worden ist.

Figaro führt aus: Stresemann habe guten Grund zu der Annahme, daß er die Ergebnisse erlangen könne, die er wünsche, was den Rest betreffe, so werde er Gegenstand einer anderen Konferenz sein.

gebiet zu betrachten. Man bedarf zur Ausbeutung der chinesischen Bodenschätze vor allem einer zahlreichen bodenständigen Arbeiterschaft. Man muß außerdem gewaltige Kapitalien investieren, die nur bei gesicherten politischen Zuständen selbst gesichert sind. Deshalb braucht auch das Ausland heute ein China, mit dem sich haltbare und zuverlässige Verträge schließen und rentable Geschäfte auf weite Sicht machen lassen. Die Umstellung von der militärischen auf die wirtschaftlich-kapitalistische Politik, die das Kennzeichen der außenpolitischen Lage in China,